



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2019

Jürgen Peter Schmied (Hrsg.): Kriegerische Tauben. Liberale und linksliberale Interventionisten vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Göttingen: Bonn University Press, 2019 (= Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte, Band 15), 206 S., ISBN: 978-3-8741-0974-7

Der Rezensent muss einleitend bekennen, dass Titelbild und (Unter-)Titel ihn irritiert haben: Zu den „(Links-)Liberalen“, die hier in acht Fallstudien behandelt werden, gehört Joschka Fischer, der auf dem Umschlag mit der bekannten Szene auf dem Grünen-Parteitag von 1999 abgebildet ist, wo die Wut über seine Außenpolitik sich handgreiflich manifestierte. Auch bei etlichen der anderen Protagonisten ist der Bezug zum organisierten und programmatischen Liberalismus eher lose, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ersteres trifft auf die vier Vertreter der Democratic Party in den USA zu, letzteres neben Fischer auf Tony Blair, beide gehören mit den Liberalen konkurrierenden Parteien an. Eindeutig dem Liberalismus zuzuordnen sind eigentlich nur die beiden britischen Premiers Gladstone und Lloyd George.

Jürgen Peter Schmied (Hg.)



Sie eint mit ihrem späteren Nachfolger und dem grünen Außenminister sowie den vier US-Präsidenten Jefferson, Wilson, Kennedy und Obama die politische Verortung als nicht konservativ, sondern irgendwie „mitte-links“. Ob man diese als liberal oder linksliberal bezeichnen kann, erscheint sicherlich diskutabel, selbst wenn man – wie der Herausgeber in seiner Einleitung herausstellt (vgl. S. 21 f.) – von innenpolitischen Positionen absieht und einer zunehmenden „Entkonturierung“ des Liberalismus-Begriffs ausgeht. Auch dann bleibt natürlich das Selbstverständnis der Akteure, das sich nicht zuletzt in der parteipolitischen Affilierung ausdrückt, ein wichtiges Moment.

Im Kern dreht es sich bei den Fallstudien, die zuerst 2015 auf einem Workshop präsentiert wurden, um ein auch im Liberalismus sehr vertrautes Phänomen:¹ das Auseinandertreffen von Ideal- und Realpolitik, in diesem Fall vom Wert der Friedenserhaltung und der Frage, ob Krieg nicht auch ein Mittel dazu sein kann. Allen acht Protagonisten ist gemeinsam, dass eine vorherige Prämisse vom obersten Gebot der Friedenserhaltung an einem bestimmten Punkt, manchmal auch mehrfach, zugunsten einer militärischen Intervention zurückgestellt wurde, so William Gladstone 1882 in Ägypten (Wolfgang Egner), so David Lloyd George 1914 beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Andreas Rose) und Woodrow Wilson 1917 beim Eintritt in denselben (Manfred Berg). Auch Joschka Fischer wandelte sich 1999 vom Verfechter des „Nie wieder Krieg – nie wieder Auschwitz“ zum Unterstützer militärischer Schläge gegen Serbien im Kosovo (Hans

¹ Vgl. dazu etwa den Themenschwerpunkt „Liberale zwischen Ideal- und Realpolitik“ im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016).

Kundnani). Tony Blair führte nicht nur im Kosovo, sondern vor allem auch im Irak Krieg (Viktoria Honeyman), und Thomas Jefferson war zwar jegliche Militär-Politik zuwider, zeigte sich aber sehr „robust“ im Umgang mit allen, die dem Aufstieg der USA in der westlichen Hemisphäre und darüber hinaus im Wege zu stehen schienen (Jasper M. Trautsch).

Etwas weniger genau lässt sich dieser Punkt bei John F. Kennedys Vietnam-Politik festmachen (Peter Busch): In den knapp drei Jahren seiner Präsidentschaft nahm zwar das amerikanische Engagement in diesem Land stetig zu; aber es muss offen bleiben, ob er es wie sein Nachfolger auf einen großen Krieg hätte ankommen lassen. Zum Rückzug entschlossen war er allerdings auch nicht (S. 138). Auch bei Barack Obama ist die Sache ein wenig anders gelagert, da er die großen militärischen Interventionen seines Vorgängers zurückfuhr, zugleich aber den „Kampf gegen den Terror“ auf andere Weise – mit einer Verzehnfachung des Drohnenkrieges – und auf rechtlich gesehen ebenso wackeliger Basis fortführte. Allerdings muss man anfügen, dass der Autor Thomas Freiberger seinen Schwerpunkt etwas vom Generalthema weg verlegt und vor allem den Nachweis führen will, dass die amerikanische Interventionspolitik die Welt gerade nicht sicherer gemacht, sondern das Gegenteil bewirkt habe, worunter jedoch vor allem die Gebiete im Nahen Osten zu leiden hätten. Die von ihm gebrachten Zahlen über Anschläge und Opfer lassen sich wohl nur schwer widerlegen.

Es fällt schwer, die vorgelegten Fallstudien, die ihr Thema methodisch recht unterschiedlich, hauptsächlich ideen- oder ereignisgeschichtlich, mitunter auch als Forschungsüberblick angehen, zusammenzufassen, was im Unbehagen des Rezessenten am Titel des Sammelbandes zum Ausdruck kommt: Auch der Begriff „Tauben“ als Gegensatz von „Falken“ mit der unvermeidlichen Konnotation von „pazifistisch“ scheint nicht ganz treffend. Einem ursprünglichen „Pazifismus“ zuzurechnen war eigentlich keiner der Protagonisten; allesamt waren sie jedoch skeptisch, was den Einsatz von Militär als außenpolitisches Instrument anging, und plädierten für eine wertegeleitete Außenpolitik. Insofern sind sie dann zumindest einem „außenpolitischen Liberalismus“ zuzuordnen, der von einigen Autoren als Bezeichnung für eine solche außenpolitische Haltung verwandt wird (vgl. S. 127 f., S. 161, 165, 182). Allerdings spielte bei vielen von ihnen auch die religiöse Prägung - vor allem im Sinne einer genuin protestantischen Ethik - eine kaum zu überschätzende Rolle. Ob das nun ein typisch angelsächsisches Phänomen ist, bleibt zu klären. Beim einzigen hier vorgestellten nicht-angelsächsischen „Interventionisten“ Joschka Fischer war es anders: Hier nahm die Erinnerung an Auschwitz eine ähnliche Rolle ein.

Was lässt sich nun daraus für die deutsche Liberalismus-Forschung direkt ableiten? Eher wenig, auch wenn Dieter Langewiesche in seinem Überblicksbeitrag zu „Liberalen und Krieg“ im 19. Jahrhundert zurecht darauf hinweist, dass auch deutsche Liberale dem Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung oder Absicherung ihrer Ziele nicht abgeneigt waren. Nur kamen sie im Gegensatz zu ihren Gesinnungsfreunden in Belgien, der Schweiz oder Italien nicht in die Lage, dies politisch umsetzen zu müssen. Bis 1918 waren sie von der Verfügungsgewalt über das Militär weitgehend ausgeschlossen, haben aber parlamentarisch bei verschiedenen Gelegenheiten den Militäreinsatz teilweise oder auch geschlossen – so im August 1914 – unterstützt. Die liberalen Außenminister des 20. Jahrhunderts sind in ihren langen Amtszeiten glücklicherweise fast nie vor die Frage gestellt worden, ob sie zum Äußersten greifen sollten: Einmal wurde dies von einem liberalen Außenminister mit großem kontroversen Widerhall verworfen, nämlich 2011; ein anderes Mal wurde dies möglicherweise durch den Regierungswechsel von schwarz-gelb zu rot-grün verhindert (vgl. S. 150).

Folglich wäre es sicherlich lohnenswert, diesen allesamt interessanten Fallstudien weitere hinzufügen, auch solche, wo von „liberalen“ Außenpolitikern die Frage „Krieg oder Frieden“ anders

beantwortet wurde als von den hier behandelten. Dann käme man dem Phänomen einer „liberalen“ Außenpolitik, auch in Bezug auf Deutschland, noch ein Stückchen näher.² Und man könnte vielleicht auch die Frage beantworten, ob der Liberalismus nicht nur in wirtschafts- und verfassungspolitischer Hinsicht, sondern auch außenpolitisch so überzeugend war, dass seine Grundpositionen auch von anderen, ursprünglich nicht-liberalen Akteuren übernommen worden sind. Aus Sicht des Referenten liegt der Wert des besprochenen Bandes vor allem in den Anregungen, die er für zukünftige Perspektiven der Liberalismus-Forschung gibt. Und diesen sollte man nicht gering einschätzen.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

² Vgl. dazu auch einige Beiträge im Themenschwerpunkt „Liberalismus und Frieden“ im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 21 (2019).